

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 1992

Nr. 48

ausgegeben am 3. Juni 1992

Gesetz vom 25. März 1992 über den Katastrophenschutz

Dem nachstehenden vom Land gefassten Beschluss erteile Ich Meine Zustimmung:

I. Zweck und Geltungsbereich

Art. 1

Zweck

Dieses Gesetz bezweckt, die Bekämpfung von Katastrophen vorzubereiten, und in Katastrophenfällen die Sicherheit, die Gesundheit und das Leben von Mensch und Tier zu schützen sowie wichtige öffentliche Dienste sicherzustellen und Sachwerte zu bewahren.

Art. 2

Gegenstand

1) Das Gesetz regelt die Vorbereitung und die Durchführung des Katastrophenschutzes sowie die Rechte und Pflichten des Landes, der Gemeinden und Privaten.

2) Vorbehalten bleiben die aufgrund des Zollvertrages in Liechtenstein anwendbaren Vorschriften.

Art. 3

Begriff

Als Katastrophe im Sinne dieses Gesetzes ist ein Ereignis zu verstehen, das in grossem Umfang die Sicherheit, die Gesundheit und das Leben von Mensch und Tier sowie das Eigentum gefährdet und mit den ordentlichen Mitteln der betroffenen öffentlich-rechtlichen Körperschaften nicht bewältigt werden kann.

Art. 4

Aufgaben

Aufgaben des Katastrophenschutzes sind insbesondere:

- a) die Ausbildung der Einsatzkräfte und die Bereitstellung des benötigten Materials;
- b) die Warnung und die Alarmierung der Bevölkerung bei drohenden Gefahren;
- c) die Information der Bevölkerung und das Erteilen von Verhaltensanweisungen;
- d) die Ausarbeitung und Weiterführung von Katastrophenalarm- und Einsatzplänen;
- e) die Verhinderung der Ausweitung oder die Beschränkung der unmittelbaren Auswirkungen bereits eingetretener Katastrophen;
- f) der Schutz, die Rettung und die Betreuung von Personen und Tieren;
- g) die Einleitung der notwendigen Hilfs- und Schutzmassnahmen;
- h) die Aufnahme von Obdachlosen;
- i) die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit;
- k) die Sicherstellung des öffentlichen Gesundheitswesens;
- l) der Schutz der Kulturgüter;
- m) die Instandhaltung der Verkehrswege und öffentlichen Einrichtungen;
- n) die Schnee- und Lawinenbeobachtung sowie die Warnung der Bevölkerung bei Lawinengefahr.

II. Behörden

A. Regierung

Art. 5

Grundsatz

- 1) Die Leitung des Katastrophenschutzes obliegt der Regierung.
- 2) Sie ist verantwortlich für die Vorbereitung, Koordination und Durchführung aller Massnahmen des Katastrophenschutzes.

Art. 6

Vorbereitung

- 1) Die Regierung trifft alle rechtlichen, organisatorischen, personellen und materiellen Massnahmen, die dazu dienen, die Bekämpfung von Katastrophen vorzubereiten und Katastrophen zu bekämpfen.
- 2) Sie regelt durch Verordnung
 - a) die Bereitstellung, die Organisation und das Aufgebot der personellen Mittel;
 - b) die Ausbildung der im Katastrophenschutz tätigen Personen sowie deren Entschädigung und Versicherung;
 - c) die Bereitstellung, die Organisation und die Belegung der vorhandenen Schutzräume.

Art. 7

Durchführung

Die Regierung stellt Eintritt und Ende eines Katastrophenfalles fest und bezeichnet das betroffene Gebiet. Sie trifft die erforderlichen Massnahmen.

Art. 8

Massnahmen

- 1) Der Regierung obliegt
 - a) das Aufgebot aller verfügbaren personellen und sachlichen Mittel sowie die Koordination ihres Einsatzes zum Zwecke der Hilfeleistung;

b) das Aufgebot und der Einsatz weiterer für die Hilfeleistung geeigneter Personen und Organisationen.

2) Die Regierung kann Beamte und Angestellte des Landes und ihrer öffentlich-rechtlichen Anstalten und Stiftungen zur Übernahme entsprechender Aufgaben verpflichten.

Art. 9

Aufsicht

Die Regierung beaufsichtigt den Vollzug der den Gemeinden, den Betrieben und Privatpersonen durch Gesetz und Verordnung übertragenen Aufgaben des Katastrophenschutzes.

B. Landesführungsstab

Art. 10

Bestellung; Aufgaben

1) Um die Bekämpfung von Katastrophen vorzubereiten und zu koordinieren, bestellt die Regierung einen Landesführungsstab. Er steht unter dem Vorsitz eines Regierungsmitgliedes und setzt sich zusammen aus je einem Vertreter

- a) des Amtes für Zivilschutz und Landesversorgung;
- b) der Landespolizei;
- c) des Tiefbauamtes;
- d) der Gemeinden und
- e) dem Landesphysikus.

2) Der Landesführungsstab stellt die Entscheidungsgrundlagen für die Regierung sicher und unterstützt diese in der Leitung sowie im Vollzug und in der Koordination der Massnahmen.

Art. 11

Technische Einsatzleitung

1) Die Regierung bestellt auf Vorschlag des Landesführungsstabes einen technischen Einsatzleiter.

2) Der technische Einsatzleiter leitet die Katastrophenbekämpfung am Einsatzort. Ihm sind alle dort eingesetzten Einsatzkräfte mit ihrem Führungspersonal für die Dauer des Einsatzes unterstellt. Er hat zu seiner Unterstützung fachlich geeignete Personen beizuziehen.

3) Der technische Einsatzleiter hält ständig Verbindung zum Landesführungsstab.

C. Gemeinden

Art. 12

Grundsatz

1) Zur Bekämpfung von Katastrophen auf ihrem Gebiet setzen die Gemeinden ihre Mittel und Organisationen ein.

2) Sie haben an der Vorbereitung und Durchführung der Bekämpfung von Katastrophen durch die Regierung mitzuwirken.

Art. 13

Organe

Die Gemeinden bezeichnen in einem Reglement die ihnen für die Bekämpfung von Katastrophen und für ihre Mitwirkung bei der Katastrophenbekämpfung zur Verfügung stehenden Behörden, privaten Vereine und Organisationen.

D. Landespolizei

Art. 14

Aufgaben

Die Landespolizei nimmt die Aufgaben der Katastrophenschutzbehörden wahr, wenn und solange bei Gefahr im Verzuge ein rechtzeitiges Tätigwerden derselben nicht erreichbar ist und trifft die notwendigen vorläufigen Massnahmen. Im übrigen bleiben die ihr obliegenden Aufgaben unberührt.

III. Bereiche des Katastrophenschutzes

A. Katastrophenschutzdienst

Art. 15

Feuerwehren

1) Die freiwilligen Feuerwehren der Gemeinden sind Teile des Katastrophenschutzdienstes. Das gleiche gilt für Pflicht- und Betriebsfeuerwehren.

2) Der Auftrag zum Einsatz an die Feuerwehren erfolgt durch den technischen Einsatzleiter (Art. 11). Dieser hat bei der Erteilung eines Einsatzauftrages auf die den Feuerwehren sonst obliegenden Aufgaben Bedacht zu nehmen.

Art. 16

Samaritervereine

1) Die Einheiten und Einrichtungen der Samaritervereine in den Gemeinden sind Teile des Katastrophenschutzdienstes.

2) Der Auftrag zum Einsatz an die Samaritervereine erfolgt durch den technischen Einsatzleiter (Art. 11). Dieser hat bei der Erteilung eines Einsatzauftrages auf die den Samaritervereinen obliegenden Aufgaben und Verpflichtungen Bedacht zu nehmen.

Art. 17

Sonstiger Katastrophenschutzdienst

1) Juristische Personen, deren Zielsetzung einer der Aufgaben des Katastrophenschutzes (Art. 4) entspricht, können von der Regierung mit der Vorbereitung und Durchführung von Katastrophenschutzmassnahmen betraut werden.

2) Ihre Betrauung und die Gewähr, dass sie in der Lage sind, die Aufgaben und Anforderungen im Sinne dieses Gesetzes zu erfüllen, ist vertraglich sicherzustellen.

3) Bei besonderer Dringlichkeit können sie mittels Verwaltungsbots als Bestandteil des Katastrophenschutzdienstes anerkannt und gleichzeitig verpflichtet werden, an bestimmten Aufgaben mitzuwirken.

B. Katastrophenschutzpläne

Art. 18

Richtlinien

1) Die Regierung hat für die Erstellung von Katastrophenschutzplänen Richtlinien zu erlassen.

2) Inhaber von Betrieben und Anlagen, die im Katastrophenfall eines besonderen Katastropheneinsatzes bedürfen oder bei denen die Gefahr der Auslösung einer Katastrophe besteht, sowie die Gemeinden und die im Lande bestehenden Einrichtungen für den Katastrophenschutzdienst sind zur Auskunftserteilung und Mitwirkung an der Erstellung diesbezüglicher Pläne verpflichtet.

3) Wer beim Vollzug dieses Gesetzes mitwirkt, ist verpflichtet, die Vorschriften der Geheimhaltung zu befolgen.

Art. 19

Katastrophenschutzplan

1) Mit der Erstellung von Katastrophenschutzplänen ist das Amt für Zivilschutz und Landesversorgung zu betrauen.

2) Der Katastrophenschutzplan hat sich zu gliedern in:

- a) die Gebietsbeschreibung (Topographie, Besiedlung, wichtige Anlagen);
- b) die Gefahrenlage;
- c) den Katastrophenschutzdienst samt den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln;
- d) Alarmpläne (Verständigungslisten, Reihung der Massnahmen nach ihrer Dringlichkeit);
- e) zur Katastrophenbekämpfung wichtige Anlagen, Einrichtungen, Einsatz- und Hilfsmittel.

3) Der Katastrophenschutzplan ist in so vielen Ausfertigungen zu erstellen und so aufzubewahren, dass er zur jederzeitigen Verwendung durch die Katastrophenschutzbehörden bereitliegt.

4) Der Katastrophenschutzplan ist zumindest einmal jährlich auf seine Vollständigkeit und Richtigkeit zu überprüfen. Änderungen und Ergänzungen des Planes sind in den Ausfertigungen vorzunehmen.

Art. 20

Alarmeinrichtungen

1) Die Regierung hat in Zusammenarbeit mit den Gemeinden dafür zu sorgen, dass die Bevölkerung durch entsprechende akustische Zeichen geeigneter Signalanlagen vor drohenden Katastrophen gewarnt und bei Eintritt einer Katastrophe alarmiert werden kann.

2) Sie hat durch Verordnung die nach Abs. 1 in Betracht kommenden akustischen Zeichen unter Bedachtnahme auf ihre deutliche Unterscheidbarkeit festzulegen.

3) Können Signalanlagen gemäss Abs. 1 nicht zweckmässig auf land- und gemeindeeigenen Liegenschaften erstellt werden, so sind die Liegenschaftseigentümer ohne Anspruch auf Entschädigung und ohne Haftung für den ordnungsgemässen Bestand zur Duldung der Anbringung der Signalanlagen und deren Instandhaltung auf ihren Liegenschaften verpflichtet.

C. Lawinendienst

Art. 21

Aufgabe

1) Dem Lawinendienst obliegt der Schutz der bewohnten Siedlungen, der öffentlichen Verkehrswege und der Skigebiete, soweit sie durch Skilifte und Bergbahnen erschlossen und markiert sind.

2) Die betroffenen Gemeinden sind für die Bestellung und die dauernde personelle und materielle Einsatzbereitschaft des Lawinendienstes verantwortlich.

Art. 22

Vorkehrungen und Massnahmen

1) Dem Lawinendienst obliegt, durch geeignete Schutzvorkehrungen Lawinenunglücksfälle zu verhindern bzw. beim unvorhergesehenen Eintritt von solchen die notwendigen Hilfs- und Schutzmassnahmen einzuleiten und durchzuführen.

2) Als geeignete Schutzvorkehrungen kommen in Betracht:

- a) die Schnee- und Lawinenbeobachtung;
- b) die Warnung der Bevölkerung bei Lawinengefahr;

c) die Anordnung vorsorglicher Massnahmen wie Lawinenabschuss, Sperrung von Verkehrswegen, Evakuierung von Anwohnern gefährdeter Gebiete und deren provisorische Unterbringung und Versorgung;

d) Überwachung und Sperrung des gefährdeten Gebietes.

3) Als geeignete Hilfs- und Schutzmassnahmen kommen in Betracht:

- a) die Anordnung, Leitung und Überwachung von Rettungs- und Notstandsarbeiten nach Lawinenniedergängen;
- b) die Überwachung von Schadensgebieten;
- c) die Versorgung zeitweilig abgeschnittener Siedlungen;
- d) die Information der Öffentlichkeit.

Art. 23

Befugnisse des Lawinendienstes

1) Dem Lawinendienst stehen alle Befugnisse zu, die der Verhütung von Lawinenunglücksfällen oder beim Eintritt von solchen der Behebung ihrer Folgen dienen.

2) Er ist für die dauernde personelle und materielle Einsatzbereitschaft verantwortlich.

Art. 24

Kosten

Die mit dem Lawinendienst verbundenen Kosten werden von den betroffenen Gemeinden getragen. Soweit es sich um den Schutz der markierten Skigebiete handelt, werden die Skilift- und Bergbahnunternehmen zur Kostentragung herangezogen.

IV. Katastrophenhilfe und Requisition

Art. 25

Hilfspflichten der Bevölkerung

1) Jede im Alter von 18 bis 60 Jahren stehende Person ist verpflichtet, bei der Bekämpfung von Katastrophen und der unmittelbar anschliessenden

den, vorläufigen Beseitigung erheblicher Katastrophenschäden nach ihren Fähigkeiten und Kenntnissen Hilfe zu leisten, wenn sie dazu aufgefordert wird.

2) Die Hilfeleistung kann nur verweigern, wer durch sie eine unzumutbare gesundheitliche Schädigung befürchten oder höherwertige Pflichten verletzen würde.

3) Für allfällige Unfälle solcher Personen haben die betroffenen öffentlich-rechtlichen Körperschaften (Gemeinden, Land) aufzukommen.

Art. 26

Requisition

1) Die Eigentümer, Besitzer und Halter von Fahrzeugen aller Art, Zugtieren, Maschinen, Werkzeugen, Anlagen, Einrichtungen, Geräten und sonstigen geeigneten Hilfsmitteln haben zu dulden, dass diese sowie deren Zubehör auf Anordnung der Katastrophenschutzbehörden für die Katastrophenbekämpfung und für die unmittelbar anschliessende vorläufige Beseitigung erheblicher Katastrophenschäden in Anspruch genommen werden.

2) Wer in seinem Geschäftsbetrieb üblicherweise Instandsetzungen vornimmt, kann während eines Katastropheneinsatzes insbesondere zur sofortigen Instandsetzung von Fahrzeugen, Maschinen oder Geräten herangezogen werden. Er hat dabei im Rahmen seines Geschäftsbetriebes auch erforderliche Ersatz- und Zubehörteile sowie Betriebsmittel zu liefern.

Art. 27

Betreten von Liegenschaften

1) Die Eigentümer und Besitzer von Grundstücken haben zu dulden, dass Einsatzkräfte und andere dienstlich anwesende Personen ihre Grundstücke betreten und benutzen, soweit dies zur Bekämpfung der Katastrophe und für die unmittelbar anschliessende Beseitigung erheblicher Katastrophenschäden erforderlich ist.

2) Die Eigentümer und Besitzer der von einer Katastrophe betroffenen und der diesen benachbarten Grundstücke und Bauwerke haben ausserdem Massnahmen zu dulden, die die Katastrophenschutzbehörden zur Katastrophenbekämpfung oder zur unmittelbar anschliessenden Beseitigung erheblicher Katastrophenschäden anordnen, wie die Räumung von Grundstücken und die Beseitigung von Pflanzen und Einfriedungen.

Art. 28

Pflichten der im Katastrophengebiet Anwesenden

Alle im Katastrophengebiet oder an einem Einsatzort anwesenden Personen haben Anordnungen der Katastrophenschutzbehörden über Räumung, Absperrung oder Sicherung des Katastrophengebietes oder des Einsatzortes unverzüglich zu befolgen.

V. Haftpflicht des Landes und der Gemeinden

Art. 29

Haftpflicht

1) Das Land und die Gemeinden sind gemäss Amtshaftungsgesetz ersatzpflichtig für Schaden, welcher Dritten durch die Katastrophenschutzbehörden in Ausübung des Dienstes schuldhaft zugefügt wird.

2) Für Schaden an requirierten Fahrzeugen und requiriertem Material sowie für Schaden, der bei übungsweisem Betreten von Liegenschaften entsteht, haften Land und Gemeinden ohne Nachweis eines Verschuldens der Katastrophenschutzbehörden.

Art. 30

Rückgriff

Auf natürliche und juristische Personen, die den Einsatz der Katastrophenschutzbehörden durch eine vorsätzliche oder grobfahrlässige rechtswidrige Handlung oder Unterlassung nötig gemacht oder veranlasst haben, kann für alle Auslagen aus dem Einsatz Rückgriff genommen werden.

VI. Finanzierung

Art. 31

Kosten von Einsätzen

1) Die Hilfe der Katastrophenschutzbehörden ist unentgeltlich.

2) Die Kosten von Einsätzen werden zu gleichen Teilen vom Land und den betroffenen Gemeinden getragen.

Art. 32

Kurskosten für Aus- und Weiterbildung

Land und Gemeinden übernehmen die Kosten für die Aus- und Weiterbildung der Katastrophenschutzbehörden gemeinsam und richten ein Taggeld aus. Es wird keine Verdienstausschüttung entrichtet.

VII. Rechtsmittel

Art. 33

Beschwerde

1) Gegen Verfügungen der Gemeinden und der von der Regierung beauftragten Amtsstellen, welchen bestimmte Geschäfte zur selbständigen Erledigung übertragen worden sind, kann binnen 14 Tagen ab Zustellung Beschwerde bei der Regierung erhoben werden.

2) Gegen Entscheidungen der Regierung kann binnen 14 Tagen ab Zustellung Beschwerde bei der Verwaltungsbeschwerdeinstanz erhoben werden.

VIII. Straf- und Schlussbestimmungen

Art. 34

Übertretungen

1) Wer die in den Art. 25 bis 28 vorgeschriebenen Pflichten verletzt, ist von der Regierung wegen Übertretung mit Busse bis zu 10 000 Franken zu bestrafen.

2) Bei fahrlässiger Begehung wird die Strafobergrenze auf die Hälfte herabgesetzt.

3) Die Gemeinden sind berechtigt, in den von ihnen zu erlassenen Reglementen weitere Ordnungsstraftatbestände aufzustellen. Zur Bestrafung ist der Gemeindevorsteher zuständig.

Art. 35

Verantwortlichkeit

Werden Widerhandlungen im Geschäftsbetrieb einer juristischen Person oder einer Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft oder einer Einzel-firma begangen, finden die Strafbestimmungen auf die Personen Anwendung, die für sie gehandelt haben oder hätten handeln sollen, jedoch unter solidarischer Mithaftung der juristischen Person, der Gesellschaft oder der Einzelfirma für die Bussen und Kosten.

Art. 36

Durchführungsverordnungen

Die Regierung erlässt die zur Durchführung dieses Gesetzes notwendigen Verordnungen.

Art. 37

Delegation

Die Regierung kann Vollzugsaufgaben zur Vorbereitung, Koordination und Durchführung des Katastrophenschutzes unter Vorbehalt des Rechtszuges an die Regierung, an ihr untergeordnete Amtsstellen übertragen.

Art. 38

Dieses Gesetz tritt am Tage der Kundmachung in Kraft.

gez. *Hans-Adam*

gez. *Hans Brunhart*
Fürstlicher Regierungschef